

1948-04-06

„Märkische Union“

Entscheidende Wochen

In seiner konstituierenden Sitzung am 19. März hat der Deutsche Volksrat in Berlin die Durchführung eines Volksbegehrens für die Einheit Deutschlands beschlossen. Dieser Beschluss kann historische Bedeutung erlangen, insoweit es gelingt, diesem Rufe auch in den Westzonen Gehör und Zustimmung zu verschaffen. Das hängt weniger von den Besatzungsmächten als von der deutschen Bevölkerung selbst ab. Wir müssen uns ganz nüchtern klar darüber sein, dass – so selbstverständlich für die überwiegende Mehrzahl aller Deutschen der Wille zum einigen Reich ist – diese Parole im Westen leider ins Zwielficht geraten ist. Sie gilt dort als vorbelastet mit der „kommunistischen Hypothek“, von der weitaus die große Masse des Volkes in jenen Zonen nichts wissen will! Das ist zum großen Teil daraus zu erklären, dass die Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden von der Ostzone her ausgegangen ist, wie überhaupt seit 1945 der Ruf nach deutscher Einheit vom Osten her viel stärker und mahnender erging als im Westen, dass ferner in den Westzonen von allen Parteien nur die KPD sich für diese Bewegung einsetzte, dass endlich gerade die russische Besatzungsmacht dieselbe bewusst unterstützt, während die anderen Mächte sie bekämpfen und unterdrücken.

Dass manche Äußerungen polemischer Art aus Ost – nach Westdeutschland dabei ebenfalls ihre nicht gerade glückliche Wirkung hatten, sei nicht verschwiegen. Unter diesen Umständen wird die Einladung, das Volksbegehren zu unterstützen, zweifellos im Westen auf Widerstand, zumindest auf zweifelhaftes Zögern stoßen.

Diese Hemmungen können wir vom Osten her nicht dadurch überwinden, dass wir die Zögernden beschimpfen oder gar ihnen „Verrat“ vorwerfen. Es gehört wohl nicht all zu viel Klugheit dazu, um einzusehen, dass man nicht mit der einen Hand jemanden freundlich einladen und zugleich mit der anderen Hand ihm Ohrfeigen anbieten kann! Hier bedarf es einer ebenso klug überlegten Aufklärung aller Deutschen wie einer sachlich überzeugenden Formulierung des Volksbegehrens selbst. Die CDU in der Ostzone denkt nicht daran, mit ihrem Eintreten für die Einheit Deutschlands den Kommunismus fördern zu wollen; aber sie lehnt es andererseits auch nicht ab, für diese Einheit sich einzusetzen, nur weil auch Kommunisten dasselbe tun.

Wir werden unser Bestes dazu tun, dass der Inhalt des Volksbegehrens deutlich an der Weimarer Verfassung anknüpft, besonders auch an ihre Formulierung der Länderrechte, wenn es den Willen zur Wahl einer demokratischen Nationalversammlung ausspricht, wenn es unter solchen Voraussetzungen zum Bekenntnis für die Einheit Deutschlands aufruft: wer wollte dann „Nein“ zu sagen wagen? Es hieße steigern, wenn Parteien oder Persönlichkeiten anderer Zonen ein so formuliertes Volksbegehren dann nur darum ablehnen wollten, weil es auf dem Deutschen Volksrat in Berlin und unter Mitwirkung der SED beschlossen wurde. Für so beschränkt möchten wir keinen maßgeblichen Mann im Westen und auch nicht die Masse der deutschen Wähler dort halten.

Aber natürlich muss von hier aus alles geschehen, was die angedeuteten Voraussetzungen sichert, und alles unterbleiben, was einen überzeugenden Erfolg erschweren oder unmöglich machen könnte. Ein hohes Maß politischer Verantwortung tragen darum jene Persönlichkeiten im Volksrat und seinen Fachausschüssen, die das Volksbegehren formulieren, aber auch alle Sprecher und Schreiber der Politik, die sich in diesen Wochen für dasselbe einsetzen!

Die Entscheidung für oder gegen die deutsche Einheit darf weder im Westen noch im Osten zu einer Entscheidung für oder gegen bestimmte Besatzungsmächte werden!

Sie ist vielmehr eine urdeutsche Angelegenheit, die nur unter eigenem Blickwinkel und in der Liebe und Sorge um das eigene Volk gesehen und gefällt werden muss. Die Tatsache weltanschaulicher Gegensätze, die in keiner Weise vertuscht oder weggeleugnet werden soll, kann und darf uns nicht hindern, jedem ehrlichen Deutschen zur Zusammenarbeit die Hand zu reichen, der mit uns die Einheit Deutschlands will.

Diese Erkenntnis mag ebenso den Kommunisten davon abhalten, all zu fanatisch gleich von „Reaktion“ zu reden, wenn etwa ein anders gesinnter Freund der deutschen Einheit seinen marxistischen Wirtschaftsplänen kritisch gegenüber steht, wie sie den christlichen Politiker daran hindern sollte, in jedem Kommunisten ablehnend bloß den „gottlosen Bolschewisten“ zu sehen.

Wir können wirklich die Worte unterschreiben, die Grotewohl in der ersten Sitzung des Volksrates sprach: „Man kann ein Land, das zwölf Jahre Diktatur hinter sich hat, nicht wieder in eine Diktatur führen, gleich welcher Art immer. Wir möchten alle aus dem Parteiwesen der Weimarer Zeit lernen, dass wir Gegensätze kameradschaftlich miteinander austragen, im Geiste echter Toleranz, bei der jeder das Gefühl der Freiwilligkeit hat.“

Wenn alle Politiker in allen Parteien aller Zonen nicht nur oben, sondern besonders auch in den unteren Instanzen, nach solchen Grundsätzen handeln würden, dann könnte das weitgehend dazu beitragen, dass die leider so hohen Mauern des Missverstehens zwischen den Zonen abgetragen würden, dass auch im Westen ein gerechteres Urteil über die Demokratie der Ostzone entstünde und man dort umso bereiter wäre das Volksbegehren für die Einheit Deutschlands überzeugt und freudig zu unterstützen.

Wir deutschen wollen nicht länger mehr nur „Objekt“ sein: lasst uns die lähmende Lethargie abschütteln, lasst uns nicht nur warten, sondern aktiv handeln! So sind es wirklich entscheidende Wochen bis zum 23. Mai, an dem das Volksbegehren beginnen soll, Wochen, in denen wir überall kraftvoll und klug für seinen Erfolg arbeiten wollen. Es soll kein Erfolg einer Partei, kein Erfolg einer Zone, sondern nur ein Erfolg Deutschlands werden, der das Tor einer besseren, einer freien Zukunft deutscher Demokratie öffnet.